

Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen	Vorlagen - Nr.:	VO/4062/2015	TOP
	Status:	öffentlich	
	Datum:	18.05.2015	
	Eingang:	18.05.2015	
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg		

**Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen betr.
Beschulung von Flüchtlingskindern sicherstellen**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten, mit welchem finanziellen Umfang die Stadt Marburg derzeit die Sprachförderung für Flüchtlinge und die Möglichkeit der Teilnahme am Schul- und Berufsschulunterricht ermöglicht.

Der Magistrat wird aufgefordert, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass

- allen Kindern von Flüchtlingen ein Schulbesuch ermöglicht wird**
- die Schulpflicht auf das Alter von 25 Jahren ausgeweitet wird.**

Begründung:

Kinder und Jugendliche von Flüchtlingen haben ein Recht auf Schulbesuch. Angesichts der Tatsache, dass zurzeit über 50 % der Menschen, die nach Deutschland kommen, dauerhaft hier bleiben, und dass viele Asylverfahren über Jahre hin nicht beschieden werden, ist der Besuch der Schule ein Gebot der Integration. Dafür müssen sowohl ausreichende Möglichkeiten des (vorbereitenden) Spracherwerbs geschaffen werden und die Schulen müssen in die Lage versetzt werden, in geeigneten Klassen Kinder und Jugendliche von Flüchtlingen zu beschulen.

Darüber hinaus sollte die Schulpflicht für Flüchtlinge wie in Bayern auf das Alter von 25 Jahren ausgeweitet werden, damit auch älteren Jugendlichen die Chance auf einen qualifizierenden Schulabschluss ermöglicht wird.

Hierfür muss die Landesregierung die notwendigen Ressourcen bereitstellen.

Steffen Rink

Dietmar Götting